



Freerk Huisken

"Wir schaffen *das!*", beteuert Kanzlerin Merkel. Was denn eigentlich?

1.

Es ist schon bemerkenswert, dass sich die Kanzlerin mit der mehrfach und in Varianten¹ bekräftigten, eingedeutschten Obama-Parole: "Yes, we can!" einem Gegenstand der deutschen und europäischen Politik widmet, der in der Vergangenheit eher mit zurückhaltenden und defensiven Sprüchen bedacht worden ist; mit Sprüchen, die davon Zeugnis ablegen, dass man es bei den Flüchtlingen mit einer Last zu tun habe, die man sich am liebsten vom Halse schaffen würde. Jahrzehntlang ist die Bevölkerung mit Unterstützung der Presse - BILD voran² - entsprechend eingestimmt worden: Das Boot sei voll, hieß es, die Flüchtlinge würden nicht "zu uns" passen, würden "uns" die Arbeitsplätze wegnehmen und mit Parallelgesellschaften die Einheit der deutschen Landesbevölkerung stören. Außerdem, wurde regelmäßig hinzugefügt, könne Deutschland nicht das "Sozialamt der Welt" sein; es sei schon mit den einheimischen Hilfsbedürftigen ziemlich gefordert. Nicht, dass diese Hetze aus der Welt ist: Sie hat nach wie vor ihren Ort in der Pegida-Bewegung, der AfD und der CSU. Aber von der Kanzlerin und ihrer Regierung ist Derartiges erst einmal nicht zu hören.

Was will sie denn nun mit ihrer Großen Koalition schaffen? Was sind die *politischen Gründe* für den politischen Kurswechsel? Ist es überhaupt ein 180-Grad-Kurswechsel, wie Til Schweiger, Herbert Prantl, Pro Asyl und andere moralische Instanzen hiesiger Öffentlichkeit kundtun?

2.

Diese Frage haben Teile der Öffentlichkeit schnell beantwortet; besonders die ehemals der regierungsamtlichen Flüchtlingspolitik gegenüber kritisch eingestellte Journaille, Teile der

1 Im Bundestag legte sie nach: "Wer, wenn nicht wir, sollte das schaffen!" (Merkel im Bundestag am 24.9.) Sie ist sich sicher, dass nicht nur der Wille, sondern auch das Vermögen - Einfluss und Geldmittel - da ist, um sich durchzusetzen.

2 Neuerdings tut sich die BILD damit hervor, all jene "Vorurteile" zu widerlegen, die sie mit auf den Weg gebracht hat: Falsch seien alle Behauptungen über Flüchtlinge, die kriminell seien, den Deutschen die Arbeitsplätze streitig machen oder besser als Deutsche wohnen würden. (BILD, 28.8.15) Eine GegenRede dazu ist in Arbeit.

Flüchtlingsbewegung und jene Bündnisse, die Deutschland bunt statt braun haben wollen. Mit der kurzfristigen Öffnung der Grenze zwischen Österreich und Deutschland registrieren sie eine *"Flüchtlingspolitik der offenen Arme"* und loben Angela Merkel dafür, dass sie endlich beginnen würde, mit einer Politik ernst zu machen, die dem wahren Deutschland und einem "Werte-Europa" entspreche: Hilfe, die an der verzweifelten Lage der Flüchtlinge und ihrer "menschenunwürdigen" Behandlung Maß nimmt, dabei auch mal, wenn es nötig ist, vereinbarte innereuropäische Grenzregelungen außer Kraft setzen und Flüchtlingen die Perspektive von Aufenthalt, Bleibe und Integration eröffnen würde. In der Tat spricht Merkel all diesen Deutschen aus der Seele, wenn sie verkündet: *"Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."*³

Ist das vorstellbar, dass die Regierungschefin eines der dominantesten Länder der Erde, die die Flüchtlingspolitik ab sofort zur *zentralen politischen Aufgabe* nicht nur in Deutschland und Europa erklärt, die alle *Mächtigen* der Welt aufruft, sich daran zu beteiligen, die dafür *Milliarden* locker machen will, wirklich nur "ein



©Foto: Wilhelmine Wulff / www.pixelio.de

freundliches Gesicht" zeigen, nur die "Arme öffnen", nur der Samariter für die Verfolgten, Vertriebenen, Ausgebombten und Verarmten der Welt sein will? Dieselbe Kanzlerin, die noch vor kurzem der griechischen Syriza ein "Reformpaket" auferlegt hat, unter dem große Teile der griechischen Bevölkerung kaum noch "menschenwürdig" existieren können? Dieselbe Kanzlerin, die jüngst dem ehemaligen Kanzler Schröder explizit für sein Verarmungsprogramm "Agenda 2010" gedankt hat, mit dem die deutsche Wirtschaft in der innereuropäischen Konkurrenz fast alle Staaten abgehängt und in Schuldenkrisen gestürzt hat? Usw.

3 Merkel auf einer Pressekonferenz am 15.9.

3.

Es muss sich um ein *falsches Bild* handeln, das sich deutsche Flüchtlingsfreunde machen. Sie entdecken in dem aktuellen regierungsamtlichem Handeln immer nur ihre *Wunschvorstellung* von einer Politik "der offenen Arme" und sehen in der "Willkommenskultur" deren Umsetzung durch deutsche Bürger. Sie müssen bei ihrem Merkel-Lob eher von dem Verlangen getrieben worden sein, sich unbedingt in deutscher Flüchtlingspolitik heimisch zu fühlen, als davon, einmal einen sachlichen Blick auf das zu werfen, was zur Zeit an "Bewältigung der Flüchtlingskrise" läuft. Nicht, dass sie jene politischen Prinzipien der hiesigen Flüchtlingspolitik nicht teilen würden, nach denen "wir natürlich nicht alle Flüchtlinge aufnehmen können", Menschen aus "sicheren Herkunftsländern" eigentlich wenig Fluchtgründe vorzubringen hätten und man natürlich nicht "von heute auf morgen alle Fluchtursachen" beseitigt werden könne. Aber, wissen sie zu vermelden, - und es ist ein ganz großes ABER - immerhin habe doch unsere Kanzlerin damit begonnen, die Grenzen zu öffnen, statt sie nur weiter zu verbarrikadieren, habe sie den syrischen Flüchtlingen eine Bleibeperspektive eröffnet, statt sie an der Grenze in die Lager zurückzuschicken, und habe sie erstmals das deutsche Volk aufgefordert, sich an der Bewältigung der "großen nationalen Aufgabe" zu beteiligen⁴, statt Kirchenasyl für unrechtmäßig zu erklären und demonstrierende Kritiker ihrer Flüchtlingspolitik nicht nur mit Worten in ihre Schranken zu verweisen.

All das trifft zu. Doch ersetzt ein Deuten auf die neue - dabei auch nur selektiv ins Auge genommene - Realität im Umgang mit Flüchtlingen nicht die Ermittlung der politischen *Gründe*, die zu ihr geführt haben. Das Bedürfnis, sich in dem neuen Bild von deutscher Flüchtlingspolitik, der weltweit ob seiner moralischen Größe Lob gezollt wird, einzurichten, ist wohl stärker, als den offensichtlichen Widersprüchen nachzugehen, die zwischen Bild und Wirklichkeit existieren.

4.

Wenn A. Merkel ein ums andere Mal betont, man müsse endlich "*das Ganze der Flüchtlingskrise*" ins Auge fassen und "*solidarisch*" angehen, dann ist festzuhalten, dass zu ihrem neuen Standpunkt auch dazu gehört, einige 100 000 "berechtigte" Flüchtlinge, vornehmlich Kriegsflüchtlinge aus Syrien, in Deutschland aufzunehmen. Wobei Maßstab und Verfahren klar sind und eine eindeutige Sprache sprechen: Sie sind nach der Rechtslage als Flüchtlinge zu behandeln, haben sich schleunigst in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sodass sie mit ihrer "anderen Kultur und Religion" nicht störend auffallen, haben die Kosten ihrer Integration durch Annahme jeder Arbeit möglichst selbst zu tragen und dürfen keine "Parallelge-

⁴ Wie die aussehen wird, lässt sich der politischen Debatte bereits entnehmen: Da Schäuble seine heilige "Schwarze Null" möglichst halten möchte, kündigt er an, dass die geplanten Steuersenkungen wohl verschoben und neue Sparpakete geschnürt werden müssten. Woran mag da wohl gespart werden?

sellschaft" bilden, welche die nationale Einheit - welche eigentlich? - zersetzen könnte. Kurz: Das Willkommen durch die politischen Behörden gilt ihnen nur soweit sie ihr "anderes Wertesystem" möglichst weitgehend praktisch verleugnen - nicht etwa, weil dieses "Wertesystem" für sich einer Kritik unterzogen wäre⁵, sondern allein weil es "zu uns" nicht passt.

Und *warum* sollen so etliche Syrer aufgenommen werden? Es kann nicht der Gedanke an selbstlose Hilfe sein, es ist auch nicht der Wunsch nach demographischer Aufmöbelung des Volkes oder nach einer neuen Reserve für den Arbeitsmarkt, der Syrern eine "neue Heimat" beschert.⁶ Es verhält sich vielmehr so, dass diese Kriegsflüchtlinge gar nicht in jenes Land zurückgeschickt werden sollen, das sich in einem Krieg befindet, an dem der Westen ein ganz besonderes außenpolitisches *Interesse* hat: Syrien muss nämlich gleich doppelt im westlichen Sinne befriedet werden, da in ihm erstens immer noch ein "falscher" Herrscher im Amt ist, der höchst eigensinnig eine nicht gerade prowestliche Politik verfolgt, und da sich zweitens der vom Westen zum Terroristen Nr.1 erklärte IS anschickt, dort sein Kalifat zu errichten und sich dabei - das macht Lage so "komplex" - militärisch immer mehr gegen das Militär von Assad durchzusetzen beginnt. Syrische Kriegsflüchtlinge stehen also für das westliche, von Deutschland geteilte Interesse, eine herrschende, den "Frieden im Nahen Osten" doppelt störende Unordnung irgendwann einmal durch eine genehme Ordnung zu ersetzen. Das macht den Rechtsstatus der geflohenen Syrer als 'geduldete Flüchtlinge' *politisch* so unwidersprechlich - im Unterschied zu so manchen Kriegsflüchtlingen aus Bürgerkriegsländern in Afrika, denen diese Aufmerksamkeit durch den Westen nicht zuteil wird.⁷ Und nur so erklären sich "offene Arme" und "Samariterdienste" dieser Politik.

Die will nämlich längst nicht mehr nur die "Flüchtlingsflut" an deutschen und EU-Grenzen in den Griff bekommen. Vielmehr entdecken Merkel und Co. in dieser "Flut" neuerdings einen *globalen Störfall* für westliche Politik. Deswegen erklären sie sich jetzt *weltweit* dafür verantwortlich und zuständig, *alle* Stationen der Flucht, vom Herkunftsland über die Lager- und Transitländer bis hin zu den Zielländern daraufhin zu prüfen, wie mit Flüchtlingen umgegangen werden muss, damit Massenflucht nicht die Ordnungsansprüche westlicher Regenten durcheinander bringt. Das ist "*das Ganze der Flüchtlingskrise*" und das ist das damit verfolgte politische Anliegen, mit dem deutsche Politik mit ihren Erklärungen so etwas wie die "Definitionshoheit" zu erreichen versucht; und das ist es im Letzten, das sie "*schaffen*" will. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Staaten mit "falscher" Herrschaft gehört dazu ebenso wie neue Grenzbefestigungen zur Abwehr von "unberechtigten Flüchtlingen",

5 Das Verschleiern von Frauen z.B: wird zwar kritisiert, aber auch nur unter dem Gesichtspunkt, dass es zu der Emanzipation nicht passt, zu der es Frauen hier gebracht haben; einer Emanzipation, die neuerdings einschließt, dass Frauen gleichberechtigt solche Führungspositionen in Wirtschaft und Politik einnehmen sollen, die allen anderen Frauen das Leben schwer machen.

6 All das ist zwar im Gespräch, aber immer unter dem Gesichtspunkt: Lassen sie sich nicht, *wenn* sie schon mal hier sind, nützlich einbauen?

7 Besonders eklatant der neue Schwenk in der Politik gegenüber Eritrea: Kaum wenden sich deren Führer dem Westen zu, gelten die Flüchtlinge von dort als "Wirtschaftsflüchtlinge" (vgl. dazu: GegenStandpunkt 3/15, "Flüchtlingsursache Eritrea"). Die Erklärung Ghanas zum "sicheren Herkunftsland" fällt auch unter diese Sorte Gemeinheit. (vgl.: <https://de.wiFlüchtlingskrisekipedia.org/wiki/Ghana>)

die vorübergehende Öffnung einer nationalen Grenze und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Maßnahmen zur schnelleren Integration ebenso wie die Effektivierung der Abschiebung von "Wirtschaftsflüchtlingen".



©Foto: Hans, pixabays, CC0

Zum "Ganzen" gehört deswegen auch die Sorge um *Flüchtlingslager* - erneut in

erster Linie die um Syrien herum. Da wird mit heftigen Worten die UNHCR gescholten, die Gelder für die Lager in Jordanien und Libanon gekürzt hat, und da werden umgekehrt in Europa neue Milliarden locker gemacht, um das *"Leben im Lager aushaltbar zu machen"* (Gabriel). Es handelt sich dabei um eine Sorge, die schlicht davon ausgeht, dass das Lagerleben die *Dauerperspektive* dieser eingezäunten syrischen Kriegsflüchtlinge ist. Mit eigener Hilfe will europäische Politik zum einen dafür sorgen, dass sich nicht erneut weitere Millionen auf den Weg nach Europa machen, und sie will zum anderen den befreundeten Staaten Jordanien⁸ und Libanon signalisieren, dass man sie "mit dem Flüchtlingsproblem nicht allein" lässt. Eine zusätzliche Gefährdung der politischen Stabilität in diesen Ländern - immer das Einfallstor für den IS - durch Massenflucht von Syrern in die und aus den Lager(n) will man auf jeden Fall verhindern. Und wenn Merkel zusätzlich anmahnt, dass Flüchtlinge *"heimatnah"* einzulagern wären, dann unterstreicht auch sie nicht nur wie ihr Vizekanzler, dass für die Mehrzahl der geflüchteten Syrer das Lager ihre Perspektive bleibt, sondern denkt zugleich noch weiter: Was wäre denn ein irgendwann in der Zukunft einmal befriedeter *Staat ohne dienstbares Volk!*

Natürlich gehört dazu auch, dass Europas *Außengrenzen* weiterhin und besser geschützt werden. Dass sich Flüchtlingsmassen, die *insgesamt* weder bestellt noch erwünscht sind, illegal Einlass verschaffen, von Staaten wie Griechenland und Italien durchgeschleust werden, die Grenzen Serbiens, Ungarns, Kroatiens, Sloweniens, Österreichs und Deutschlands belagern oder überrennen, dabei heftige Konflikte innerhalb europäischer oder sogar zwischen den EU-Staaten über Gültigkeit von Grenzen und Grenzabkommen auslösen, das darf nicht sein. Denn eines steht nicht nur für die deutsche Kanzlerin fest: Das Europa taugt als *Weltmacht* mit globalem Mitredeanspruch in allen Fragen von politischer Zuständigkeit und

⁸ So wusste Gabriel nach seiner Jordanienreise jüngst von jordanischen Studenten zu berichten, die sich darüber beschwerten, dass ausgebildete Syrer ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen würden.

ökonomischer Benutzung nur soviel, wie es sich nach innen und außen als *einheitliche* Macht - neuerdings heißt das immer "*solidarische*" - präsentiert. Also muss das "*Grenzchaos*" (de Maiziere) beendet werden: z.B. durch den Ausbau von Frontex, Easo, Europol, den neu ins Visier genommenen Aufbau einer europäischen Grenzschutztruppe und die Einrichtung von "Hotspots" in Grenzländern. Diese "Hotspots" genannten Lager sollen dafür sorgen, dass das Schengenregime einschließlich des Dublin-Übereinkommens erhalten bleibt, ohne dass Registrierung, Aufnahme, Unterbringung, Abschiebung nebst allen Kosten allein an den Grenzstaaten hängenbleiben. So errichtet denn die EU Niederlassungen ihrer Behörden in Griechenland, Italien und Bulgarien, versucht dafür zu sorgen, dass "*Ordnung in das Flüchtlingswesen*" kommt (de Maiziere), was natürlich nur klappt, wenn sich die EU-Staaten der Quotenregelung, also der geregelten Verteilung aller "berechtigten" Flüchtlinge auf EU-Länder unterwerfen und damit den neuen Standpunkt deutscher Flüchtlingspolitik teilen, mit dem Merkel und Co. definieren, welche Probleme diese Länder überhaupt nur mit Flüchtlingen zu haben haben.

5.

Die Frage, was all dies den Flüchtlingen bringt, welche ihrer elementaren Bedürfnisse nach Sicherheit, geordnetem und auskömmlichem Leben auf diese Weise ins Auge gefasst werden, erübrigt sich damit. Die Hilfe, die man ihnen angedeihen lässt, folgt anderen Zwecken, als ihr Elend und ihre Not zu beseitigen. *Alle Zuwendungen an ihre Adresse zielen allein auf die Beseitigung, Abmilderung oder Eingrenzung von Störungen, die ihre Fluchtbewegung für hiesige Politik darstellen: In den Lagern, in den Transitländern, auf dem Mittelmeer, an den Grenzen und schließlich als zu integrierende Fremdlinge.* Und was sie in den Stammländern des westlichen Kapitalismus erwartet, könnten sie den jetzt wieder laut werdenden Beschwerden jener Deutschen entnehmen, die befürchten, dass ihnen noch weniger zum Leben bleibt, wenn Hunderttausende von Flüchtlingen versorgt werden sollen.⁹ Wohlgemerkt: Das *könnten* sie, tun sie aber nicht, denn gemessen am Krieg in Syrien ist für sie selbst eine Containerunterkunft oder eine Zeitlohnperspektive in Deutschland erst einmal so etwas wie ihre Rettung. Dass Krieg über die Maßen bescheiden und anspruchslos werden lässt - unsere Groß- und Urgroßeltern prahlen noch heute mit entsprechenden Tugenden -, das wird sich mit Sicherheit in Zukunft hier im Frieden ausnutzen lassen. Arbeitgeberverbände werden bei der Politik schon jetzt mit Angeboten zur Unterbringung von Syrern im Niedriglohnsektor vorstellig, die mit Sicherheit dann nicht nur den Flüchtlingen vorbehalten sein werden; und Gauck stimmt die Landesbewohner auf härtere Zeiten als Preis der "Willkommenskultur" ein.

⁹ Eine Beschwerde, die sich wohl weniger über geplante Kürzung von Leistungen aufregt als über den schnell zum Grund erklären *Anlass* dafür, die Flüchtlinge.

6.

Deutschland will mit dieser Flüchtlingspolitik nichts Geringeres durchsetzen, als sich selbst - mit der EU im Rücken - zum führenden Subjekt einer neuen Sorte globaler Politik zu machen, die alle Abteilungen der störenden Flüchtlingsbewegungen zum *Dauersorgegegenstand der Weltmächte* erklärt. Merkel und Ihresgleichen ist *erstens* klar, dass die globale Politik kapitalistischer Weltmächte auf allen Kontinenten immer mit am Werk ist, wenn Menschen vor Verfolgung, Krieg, Terror, Armut zur Flucht getrieben werden.¹⁰ Und weil sich - *zweitens* - diese Flüchtlingsmassen¹¹ zu Störungen ihrer Politik auswachsen, propagiert sie *drittens* den Standpunkt, dass diese Flüchtlingsbewegungen nicht einfach als Kollateralschäden weltweiter imperialistischer Ordnungsbemühungen abgetan oder nur als nationale Grenzfragen behandelt werden können, sondern selbst zum zentralen Gegenstand der Politik der Weltmächte erhoben werden müssen.¹² Wie schon beim Klima und beim Terrorismus fallen den kapitalistischen Mächten auch in der Flüchtlingsfrage die Konsequenzen ihrer Zurichtung von Ländern und deren Einordnung in ihre Weltordnung so heftig auf die Füße, dass sie sich genötigt sehen, daraus einen auf ihrer Agenda oben angesiedelten Gegenstand der Politik zu machen. Die erste internationale Flüchtlingskonferenz wird nicht lange auf sich warten lassen¹³, auf der sich die Großmächte erneut einem unauflösbaren Widerspruch - und zwar als konkurrierende Mächte - widmen werden: Sie wollen eine "Flüchtlingskrise" in den Griff bekommen, die immer auf die eine oder andere Weise auch das Resultat ihrer von Armut, Krieg und Terror begleiteten Weltordnungspolitik ist, und zwar ohne von dieser lassen zu wollen. Wie auch, charakterisiert sie doch ihren Existenzzweck.

7.

Damit ist klar, was die "Willkommenskultur", die auch von den ehemaligen Kritikern der Flüchtlingspolitik als wahrer deutscher Geist gefeiert wird und der sich so viele gut meinende, hilfsbereite Deutsche angeschlossen haben, leistet: Egal ob die nur Menschen helfen oder deren Ankunft im "Paradies" feiern wollen, egal ob sie ihrem Ideal von Flüchtlingspolitik einmal selbst praktische nahe kommen oder sich als Deutsche aufstellen wollen, die die neue Weltoffenheit seiner Heimat begrüßen, oder ob man als Bürger einfach nur dabei sein will, wenn mal wieder ein deutscher Sieg - diesmal nicht im Kicken, sondern auf dem Feld der Moral - gefeiert wird, die patriotische Vereinnah-

10 Mit der Klärung von Fluchtursachen oder gar mit einer Selbstkritik der Zwecke ihrer globalen Politik hat das nichts zu tun. Gelegentliche Selbstbezeichnungen haben immer den gleichen Tenor: Haben wir nicht vielleicht im Irak, Afghanistan, Libyen etc. zu früh, zu spät, zu kurz, zu lange, zu rücksichtslos, zu rücksichtsvollintervenierte?

11 Es wird jetzt schon ausgerechnet, welche Millionen noch dazu kommen, wenn die "Klimakatastrophe" ganze Länder überschwemmt und die Menschen, so sie nicht ertrinken, vertreibt.

12 Weswegen sie auch Obama und Putin in der Frage mit an den Tisch ruft.

13 Die große Afrikakonferenz zur Flüchtlingsfrage findet bereits im November statt.

mung dieser Aktionen durch Öffentlichkeit und Politik als Zeichen für das wahre, gute, helle Deutschland ist allemal das Ergebnis.¹⁴



Über den Autor

Freerk Huisken, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.

Kontakt:

www.fhuisken.de
info@fhuisken.de

[Alle GegenReden von Freerk Huisken im Magazin AUSWEGE](#)

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com

14 Stellvertretend sei Rupert Neudeck von der Cap Anamur für den Geist zitiert, der diese Willkommenskultur durchweht und der deutsche Politiker entzückt: "*Als Flüchtlinge aus im Bahnhof von Budapest mehrmals 'Deutschland' oder 'Germany' skandierten, sind mir die Tränen gekommen. Denn das war unserem Volk nicht in die Wiege gelegt, einmal ein menschenfreundlicher Hafen zu werden, in dem Flüchtlinge, verfolgte und gestrandete Menschen willkommen sind.*" (Weser Kurier, 23.9.15)